

10 Jahre NSU - kein Schlusstrich!

Vor 10 Jahren enttarnte sich das Kerntrio des selbsternannten NSU. Beate Zschäpe und einige Helfer der Gruppe wurden inzwischen verurteilt. Doch die 10 bekannten Morde des NSU sowie mehrere Sprengstoffanschläge und Banküberfälle sind noch lange nicht aufgeklärt.

Der NSU war nicht zu dritt

Zentral ist vor allem die Frage nach weiteren Täter*innen und Helfer*innen. Bundesanwaltschaft und die Gerichte gehen immer noch davon aus, dass der NSU aus drei Haupttäter*innen bestand und keine weiteren Helfer*innen hatte. Doch diese These ist kaum haltbar. An verschiedenen Tatorten wurde bisher nicht zugeordnete DNA gefunden und beim Mord an Michele Kiesewetter in Heilbronn wurden von Zeug*innen mehrere Täter*innen beobachtet, obwohl von den Sicherheitsbehörden davon ausgegangen wird, dass nur Mundlos und Bönnhardt die Tat begingen. Ebenso liegt im Dunkeln, wer dem NSU vor Ort half. Denn die Tatorte waren oft von Auswärtigen kaum zu finden, insbesondere in Nürnberg. Die GRÜNE JUGEND Bayern unterstützt deswegen die Forderung der Landtagsfraktionen von Grünen und SPD nach einem erneuten Untersuchungsausschuss. Dabei muss insbesondere die Frage nach weiteren Täter*innen und Helfer*innen geklärt werden. Außerdem muss ermittelt werden, inwieweit Kontakte des NSU in andere Milieus, beispielsweise der organisierten Kriminalität, sowie zu weiteren rechtsextremen Gruppen und Umfeldern bestanden. Die Trio-These muss endlich verworfen werden!

Alle Akten offenlegen

Neben den oft schlampig geführten Ermittlungen prägte insbesondere die Verschleierungstaktik der Sicherheitsbehörden die Aufklärung des NSU-Komplexes. Große Mengen Akten wurden nach der Selbstenttarnung des NSU vernichtet, andere für viele Jahre gesperrt. Es muss jetzt endlich Transparenz und Klarheit geschaffen werden! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Offenlegung aller NSU-Akten und die Überführung in ein öffentlich zugängliches NSU-Archiv.

Konsequenzen ziehen und rechten Terror endlich ernst nehmen!

Seit der Selbstenttarnung des NSU gab es in Deutschland mindestens 49 Todesopfer rechter Gewalt. In München, Hanau und Halle fanden größere Terroranschläge statt und Walter Lübcke wurde von einem Neonazi ermordet, der wohl Kontakte ins NSU32 Umfeld hatte. Das alles zeigt, dass rechter Terror von den Sicherheitsbehörden immer noch nicht ernst genug genommen wird. Statt im Zweifel Informant*innen zu schützen, sind

Terrornetzwerke zügig und konsequent durch die Behörden zu zerschlagen. Das undurchsichtige V-Leute-System muss dazu abgeschafft werden! Zudem müssen gesellschaftliche Radikalisierungstendenzen erkannt und früher als bisher entsprechend dagegen vorgegangen werden. Insbesondere im Umfeld der sogenannten "Querdenken"-Bewegung konnte in den vergangenen Monaten massive Gewaltbereitschaft festgestellt werden, vereinzelt gab es auch Anschläge wie zum Beispiel auf die Werntalbahn in Unterfranken. Die Sicherheitsbehörden müssen handeln, bevor es zu spät ist und neue Terrornetzwerke entstehen können.

Ein würdiges Gedenken für die Opfer

Zehn Menschen wurden durch den NSU ermordet, neun davon hatten eine Migrationsgeschichte. Ob es noch weitere Opfer gab, konnte nie mit abschließender Sicherheit ermittelt werden. In Absprache mit den Angehörigen sollte es ein würdiges Gedenken geben. Das kann die Benennung von Straßen oder Plätzen nach den Opfern sein, oder auch andere Formen des ehrenden Gedenkens. Notwendig sind aber auch ganz praktische Konsequenzen. Es müssen flächendeckend Hilfsangebote für die Betroffenen rechter Gewalt sowie Fonds zur Unterstützung der Opfer und ihrer Angehöriger eingerichtet werden. So kann den Betroffenen geholfen werden. Für uns ist ganz klar: die Getöteten dürfen nie vergessen werden und der fatale Umgang mit ihren Familien, gegen die sich die Ermittlungen zunächst richteten, darf sich nie wiederholen!